



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Januar 2013



★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,

liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

der Friedensnobelpreis für das Friedenswerk Europäische Union!



Ein kleines Symbol, gewiss, aber gerade in einer Zeit, in der der Zusammenhalt in der EU Gefahr läuft, unter den Spannungen der Schuldenkrise zu zerreißen, doch so wichtig! Der Nobelpreis erinnert uns daran, woher Europa kommt und warum wir nicht nur wirtschaftliche Zusammenarbeit auf unserem Kontinent wollen – nein, vor allem brauchen wir das Überwinden der Nationalismen, in denen sich Staaten und Völker in Ablehnung und durch Abgrenzung von anderen definieren. Dieser unheilvolle Mechanismus, der die Völker Europas über Jahrhunderte in unsagbares Leid gestürzt, die ganzen Globus mit Krieg und Vernichtung überzogen hat, feiert bei vielen heute Renaissance – und gleichzeitig gestehen sich die Europäer ein, dass der Nationalstaat immer weniger in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit und unserer Gesellschaften noch wirksam zu lösen.

Viele von uns hat es betroffen gemacht, wie die Krise, als von der Bankenkrise zur Schuldenkrise der Mitgliedstaaten der Eurozone und darüber hinaus mutierte, vielerorts die uralten Vorurteile von Nord gegen Süd, West gegen Ost hat wiederaufleben lassen. Es wäre zu optimistisch zu behaupten, dass dieser

Ungeist inzwischen überwunden sei. Dennoch können wir anfangs des neuen Jahres zuversichtlicher in die europäische Zukunft blicken: Die Kräfte, die grenzüberschreitende Solidarität in der Union einfordern, sind erstarkt: in den Nettozahlerländern ebenso wie in den Krisenländern der EU – denn Solidarität ist keine Einbahnstraße. Mit den Reformmaßnahmen, die auf mitgliedstaatlicher Ebene eingeleitet wurden und den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Herbst und Dezember 2012 zur Bankenüberwachung und zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ist das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union bei uns und weltweit gewachsen.

Damit ist es keineswegs getan: Wirtschaftlich und insbesondere im sozialen Bereich, z.B. was den Arbeitsmarkt angeht, wird 2013 ein Jahr außerordentlicher Herausforderungen. Die Jugendarbeitslosigkeit in vielen unseren Mitgliedstaaten ist ein sozioökonomischer Skandal erster Güte, der ernste politische Auswirkungen haben muss. Aussitzen ist keine Option – hier müssen die Instrumente der sozialen Marktwirtschaft mobilisiert werden, auf die sich auch der Lissabonner Vertrag bezieht. Was das Funktionieren der EU angeht, gilt es nicht nur zügig die WWU zu Ende zu bauen – und dafür haben die Kommission und Präsident van Rompuy in den letzten Wochen weitreichende Entwürfe vorgestellt. Vor allem muss sich europäische Solidarität erst einmal auch darin bewähren, dass der Gesetzgeber sich im Frühjahr auf einen realistischen mehrjährigen Finanzrahmen einigt. Wir brauchen eine Finanzplanung, die Europa zukunftsfähig hält, den Binnenmarkt und die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt,



Europa zusammenführt und international schlagkräftig macht anstatt den zentrifugalen Tendenzen Vorschub zu leisten, die europäischen Institutionen zu paralysieren oder ganz einfach den Kuchen nach althergebrachten Kriterien zu verteilen, ohne die Steuerungswirkung des Einsatzes der Haushaltsmittel für die Stärkung Europas auszunutzen. Wird der Impuls des Friedensnobelpreises auch dafür noch reichen?

Es ist weiter harte Arbeit am europäischen Projekt gefordert. Die Debatte in Großbritannien zeigt ebenso deutlich wie das Einfrieren der Beitrittsverhandlungen durch die isländische Regierung, wie viel Überzeugungsarbeit für das europäische Projekt weiter zu leisten ist. Europa muss wieder mehr Strahlkraft erhalten. Dazu dürfen wir nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen: Nicht alles ist gut an der heutigen Architektur der Europäischen Union, und nicht alles, was Brüssel heute tut und vorschlägt, ist zwingend richtig, notwendig, alternativlos und sollte tatsächlich in den Mittelpunkt europäischen Handelns rücken.

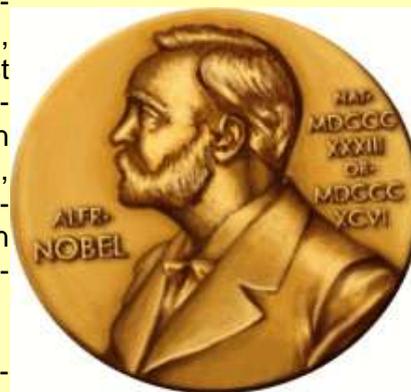
Daher sehe ich es als ermutigend an, dass uns die britische Europadiskussion und die verschiedenen Visionen für die Weiterentwicklung der EU dazu zwingen, Positionen zur Zukunft der europäischen Einigung zu entwickeln und im politischen und zivilgesellschaftlichen Streit zu vertreten. Wo wollen wir von hier aus hingehen? Wo und wofür soll Europa 2030 stehen und wie soll es gestaltet sein? Während Europa über viele Jahre gleichsam abseits der Öffentlichkeit stattfand, rückt die europäische Perspektive heute in vielen Mitgliedstaaten immer mehr in den Mittelpunkt, ob sie nun europaskeptisch ist wie bei David Cameron oder positiv angelegt ist, wie bei Bundespräsident Joachim Gauck, der angekündigt hat, seine erste große programmatische Rede im Februar dieses Jahres dem Thema Europa widmen zu wollen. Und wenn nicht alles täuscht, werden europapolitischen Themen diesmal auch im deutschen Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle spielen. Wenn dies eintritt, wird es hoffentlich auch

gelingen, den Europawahlkampf 2014 stärker als je zuvor auf der Grundlage europäischer Programme mit europäischen Parteien und Listen zu europäischen Themen für europäische Politikziele zu führen.

Was erwarten Sie von Europa?

Der Nobelpreis wurde der Europäischen Union nicht nur im Rückblick auf über sechs Jahrzehnte Friedensarbeit auf unserem Kontinent verliehen – nein,

vielmehr ist er eine Aufforderung an die Union, ihrer Berufung auch in den kommenden Jahrzehnten treu zu bleiben und den



Menschen einen wirksamen Rahmen für eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlfahrt zu bieten. Dazu braucht es unser aller Engagement. Die lebendige, kreative, streitbare und vorwärtsschauende europäische Bürgergesellschaft ist mehr denn je gefragt. Wir alle sind aufgerufen, in ihr und mit ihr an der Debatte um die Zukunft gestaltend teilzuhaben.

Die Arbeit in der Europa-Union und ihrem Brüsseler Verband bietet eine gute Möglichkeit dazu, denn wir sind Teil und Stimme in dieser Bürgergesellschaft. In den kommenden Monaten werden wir wieder in einer Reihe von Veranstaltungen über die verschiedensten Facetten der europäischen Einigung informieren, diskutieren und damit mit Ihrer Hilfe auch für Europa mobilisieren. Es bleibt spannend. Ich hoffe dazu auf Ihre Unterstützung und Ihre Mitarbeit.

Ihnen allen alle guten Wünsche für ein gutes Jahr für Sie und für das europäische Projekt!

Ihr Michael Köhler

★ Mehr Europa! Wir sagen wie! Bericht vom Bundeskongress 2012

Der 58. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland war am 27. und 28. Oktober zu Gast im Landtag NRW in Düsseldorf und tagte im frisch renovierten Plenarsaal. 300 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland trafen im Landtag auf prominente Redner, informierten sich über aktuelle Europapolitik und diskutierten über ein [neues Grundsatzprogramm der Europa-Union](#).

Der Präsident der Europa-Union Deutschland und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, legte in seiner Eröffnung dar, dass die gegenwärtige Krise auch die Nationalstaaten direkt betreffe. Diese dürften nicht auseinander divergieren, sondern müssten in einem gemeinsamen Europa zusammenstehen. Die Europa-Union müsse dafür Sorge tragen, dass wichtige Fragen wie die Vertiefung der EU auch debattiert werden. Hierfür biete sie eine überparteiliche Plattform.

In ihrem Grußwort betonte Landtagspräsidentin Carina Gödecke, dass der kürzlich vergebene Friedensnobelpreis an die EU eine Aus-



zeichnung für alle engagierten Europäerinnen und Europäer sei und damit auch das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder der Europa-Union würdige. "Durch vielfältige Aktionen helfen Sie mit, dass Europa nicht abstrakt bleibt, sondern ganz konkret im Alltag erfahrbar und gestaltbar wird", erklärte Gödecke.

Die nordrhein-westfälische Europaministerin Angelica Schwall-Düren zeigte sich in ihrer

Rede mit dem Titel „Mehr Europa wagen!“ trotz der anhaltenden Krise zuversichtlich: „Krisen, wie die in der Europäischen Union, sind immer auch Momente, in denen Weichenstellungen möglich sind. Momente, in denen Optionen auftauchen, die vorher undenkbar schienen. Wichtig ist deshalb: Wir brauchen ein stabileres, demokratischeres, sozialeres, nachhaltigeres und innovativeres Europa. Ein Europa mit einer echten Wirtschafts- und Währungsunion zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger.“

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, machte deutlich, dass Europa seine Kräfte bündeln müsse, um die globalen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Er warnte vor der Gefahr durch weltweite Spekulationen. Die gemeinsame Währung müsse verteidigt werden. „Wir dürfen uns den Euro nicht schlecht reden lassen“, bekräftigte Schulz, der im Anschluss an seine Rede mit der Europa-Lilie geehrt wurde.



Auf dem „Markt der Möglichkeiten“, der vor dem Plenarsaal den Landes- und Kreisverbänden die Möglichkeit zur Präsentation gab, war auch die EUD Brüssel vertreten.

★ Quo Vadis- Die Krise als Chance

Am Abend eines Tages, an dem nicht nur in Brüssel die Erleichterung über ein als ausgewogen und angemessen betrachtetes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus spürbar war, fand am 12. September eine weitere Veranstaltung der Europa-Union aus der Reihe "Quo vadis Europa? – Die Krise als Chance" in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz statt.

Als Referenten konnte der Brüsseler Verband diesmal Fabian Zuleeg vom European Policy Centre begrüßen, der im Gespräch mit Michael Köhler seine Ansichten zur aktuellen Lage teilte.

Zuleeg begrüßte das Karlsruher Urteil gleich zu Beginn als einen Schritt in die richtige Richtung - die Krise werde es indes nicht beenden, sie werde uns vielmehr auch die nächsten Jahre weiter begleiten. Damit war die Richtung der Diskussion an diesem Abend vorgegeben, in dessen Verlauf der Ökonom eine Reihe von Vorschlägen präsentierte, die aus seiner Sicht zur endgültigen Lösung der seit nun zweieinhalb Jahren andauernden Schwierigkeiten erforderlich sein werden.

Neben den bereits eingeleiteten politischen und monetären Maßnahmen seien vor allem Privatinvestitionen in den von der Krise betroffenen Staaten dringend erforderlich. Hierfür müssten aber die notwendigen Garantien bereitgestellt werden, da die unsichere Lage derzeit ein privatwirtschaftliches Engagement verhindere.

Einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion schloss Zuleeg kategorisch aus. Zum einen berge ein solcher Schritt eine große Ansteckungsgefahr für andere Krisenländer, zum anderen würde er höchstwahrscheinlich zu einem Rückfall Griechenlands um Jahrzehnte und aufgrund der damit einhergehende Radikalisierung der griechischen Politik möglicherweise sogar zur Entstehung eines "failed state" in Europa führen. Die Aufgabe Griechenlands als Demokratie würde nach Ansicht des Referenten zudem die europäischen Werte insgesamt in Frage stellen.

Zuleeg machte klar, dass in der derzeitigen Situation nicht mehr das "Ob", sondern nur noch das "Wie" einer weiteren Vertiefung der Union zur Debatte stehe. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die geplante Banken- und Fiskalunion als sinnvoll, wenngleich er noch erheblichen Klärungsbedarf auf diesem Gebiet sieht. Jedenfalls sei der bisherige Weg des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

gescheitert und dieser müsse durch eine Entscheidungs- bzw. Regierungsgewalt auf europäischer Ebene ersetzt werden, welche politischen Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden müssten. Dies erfordere zwingend eine politische Union, zu deren Entstehung eine Vertragsänderung erforderlich sei.

Bei alledem müssten jedoch unbedingt die Bürger miteinbezogen werden. Es bringe nichts, sich weiterhin wie bisher mit kleinen Schritten am Souverän vorbei durchmogeln zu wollen. Vielmehr müsse klargemacht werden, dass nicht allein der Euro, sondern die europäische Integration als solche gefährdet ist. Hier vermisse er Führungsstärke nicht zuletzt bei den deutschen Politikern, welche nicht immer in ausreichendem Maße Solidarität mit den betroffenen Ländern eingefordert hätten. Aus dem Publikum wurde in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, ob nicht neben der schwer zu mobilisierenden Solidarität verstärkt der Nutzen einer stabilen Währung und des integrierten Europas für die Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gestellt werden sollte, eine Ansicht, die der Referent teilweise teilte, wenngleich dies allein seiner Auffassung nach nicht genüge.



Für ein Aufhorchen im Publikum sorgte auch die Einschätzung Zuleegs, Großbritannien werde in einigen Jahren nicht mehr der EU angehören. Der persönlich mit den politischen Zuständen im Vereinigten Königreich bestens

vertraute Wirtschaftswissenschaftler begründete dies damit, dass sich die traditionell euroskeptische Einstellung der britischen Öffentlichkeit in letzter Zeit noch erheblich verstärkt habe. Einzig die unsichere Frage eines Verbleibs Schottlands im Verbund des Inselstaates habe bislang die Durchführung eines Referendums zur Mitgliedschaft des Landes in der Union verhindert. Sobald diese Frage indes geklärt sei, werde eine solche Volksabstimmung, über deren negativen Ausgang er sich keine Illusionen mache, durchgeführt. Da sich die Ablehnung der Briten indes nicht auf einige wenige Sachfragen beziehe, sondern vielmehr das Konzept der europäischen Union als ganzes abgelehnt werde, werde für Großbritannien auch keine Mitgliedschaft in einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten in Frage kommen.

Im Anschluss entwickelte sich eine lebhafte Diskussion mit dem Publikum, in deren Verlauf unter anderem die Frage nach der Notwendigkeit eines Referendums über weitere Integrationsschritte aufgeworfen wurde. Aber auch die Frage wie man, nicht zuletzt angesichts von teilweise sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit, junge Menschen für das europäische Projekt begeistern könne, trieb viele der Anwesenden um. Einigkeit bestand jedenfalls, dass es einer Bändigung der Finanzmärkte bedarf, wenngleich es bei den Mitteln hierzu durchaus noch unterschiedliche Standpunkte zu geben scheint. Die von einem Gesprächsteilnehmer angesprochene hohe Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung in der Währungsunion hielt der Referent selber indes für kein unlösbares Problem. Dies illustrierte er am Beispiel der USA, wo es durchaus auch große Unterschiede in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit gebe, ohne dass dies den Zusammenhalt des US-Dollars in Frage stelle.

Als Fazit des Abends stand der Hinweis Fabian Zuleegs, dass es die Krise geschafft habe, die Debatte in Europa grundlegend zu verändern und Dinge zu erwägen und auch umzusetzen, die noch vor wenigen Jahren als undenkbar galten. Da sich dies auch in den

nächsten Jahren nicht ändern werde, dürfte der Stoff für viele weitere Veranstaltungen der Europaunion Brüssel erhalten bleiben. Deren Vorsitzender vergaß daher auch nicht, auf die Bedeutung der Frage "quo vadis?" hinzuweisen. Diese setze eine aktive Handlung des Gehenden voraus und kein bloßes Getriebenwerden, auch wenn letzteres manch einem Europäer in den letzten beiden Jahren oft so vorgekommen sein mag. Eine erste Gelegenheit, in diesem Sinne neue Ideen zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft auszutauschen, bestand aufgrund der gewohnt hervorragenden pfälzischen Gastfreundschaft bereits während des anschließenden Empfangs bei köstlichem Wein und Bier aus der Region.

Christian Bruns und Niels Schuster

★ Quo Vadis – Die Krise als Chance II

Rund 150 Gäste waren am 16. Oktober zur 3. Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Europa quo vadis? Die Krise als Chance!“ in die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen gekommen. Nach der Begrüßung durch den Hausherrn der Vertretung, Rainer Steffens, stellte EUD-Vorstandsmitglied Christian Bruns die Diskutanten des Abends vor:



Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Martin Winter, Leiter des Brüsseler Büros der Süddeutschen Zeitung, wollten das Thema erörtern: Die Krise der EU – auch eine Legitimationskrise?“.

Ministerin Schwall-Düren griff den Titel der Veranstaltungsreihe auf und plädierte dafür, die Krise auch als Chance für eine Weiterentwicklung der EU zu nutzen. Sie betonte die Bedeutung weiterer Integrationsschritte und forderte u.a. eine „echte Wirtschaftsregierung“.

Martin Winter zeigte sich zunächst recht gelassen, was die Risiken der gegenwärtigen Krise für die Zukunft der EU angeht. Bezugnehmend auf seinen Kommentar „Reformen ja, aber bitte entschleunigt“ (SZ vom 20.08.2012) kritisierte er die „Lust der deutschen Politik am Räsonieren über die Zukunft Europas“ und bezweifelte, dass in den europäischen Staaten „eine große Mehrheit bereit wäre, den Schritt vom Bund souveräner Staaten zum europäischen Bundesstaat zu tun“. Er betonte, dass die Krise die europäischen Völker einander nicht näher gebracht hat, „sondern dem europäischen Vorhaben gegenüber eher skeptischer werden lassen“.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage einer „europäischen Öffentlichkeit“. Winter verwies darauf, dass Europa nach wie vor ein Europa der Völker mit durchaus unterschiedlichen Traditionen sei, das Fehlen einer gemeinsamen Sprache erschwere überdies die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität. Entgegen einer oft geäußerten Meinung könne Englisch auch nicht die Rolle einer *lingua franca* übernehmen, stoße man doch im Gespräch mit Europäern abseits einer kleinen international ausgerichteten Bevölkerungsschicht schnell auf mangelhafte bis gänzlich fehlende Kenntnisse dieser Sprache. Angelica Schwall-Düren hob demgegenüber hervor, dass sich gerade viele junge Menschen heute schon vor allem „als Europäer“ fühlten und die Politik in der Verantwortung stehe, diese Ansätze nach Kräften zu fördern. Europäische Listen der Parteien bei der Wahl des EP könnten ein Beitrag dazu sein. Dementsprechend existiere durchaus eine europäische Öffentlichkeit, wenngleich diese nach Ansicht der Ministerin noch ausbaufähig sei.

Dieser Gedanke wurde auch durch eine Wortmeldung aus dem Publikum aufgegriffen, welcher zufolge gerade die derzeitige Krise dazu geführt habe, dass Medien in allen Mitgliedstaaten dieselben europapolitischen Themen parallel aufgriffen. Dass dies unter einem jeweils nationalen Blickwinkel geschehe, sei nicht weiter verwunderlich und entspräche vielmehr vergleichbaren unterschiedlichen Wahrnehmungen auf regionaler Ebene in den Mitgliedstaaten.

Auf dem der Debatte folgenden Empfang wurde in den Gesprächen vor allem der sachliche Ton der Auseinandersetzung gelobt. Beiden Diskutanten sei es gelungen, ihre in weiten Teilen konträren Sichtweisen nachvollziehbar und engagiert, jedoch ohne die solchen Debatten oft anhaftende Polemik vorzutragen.

★ **Debatte mit Robert Menasse**

Am 16. Januar fand eine gemeinsame Veranstaltung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union und der Landesvertretung Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der Université catholique de Louvain.



Mit dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse diskutierten der Flensburger Soziologie-Professor Hauke Brunkhorst, der Vorsitzende des Brüsseler Verband Michael Köhler und die Professorin für Neuere deutsche Literatur an der französischsprachigen Universität

Löwen Antje Büssgen die Krisenanalyse des Wiener Intellektuellen und die Erfordernisse einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration unter den Bedingungen von Postdemokratie, Globalisierung und Weltgesellschaft.

Der österreichische Romancier und Essayist Robert Menasse verfolgt als politisch engagierter Intellektueller und kritischer Zeitgenosse seit Jahren das Schicksal des europäischen Einigungsprojekts. Vom vehementen Kritiker ist er dabei zum entschiedenen Apologeten der Europäischen Union geworden, ein Positionswandel, den er in seinem jüngst erschienenen Europa-Essay *Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss* (Zolnay, 2012) begründet. Menasse liefert eine Analyse des historisch gewachsenen „Konstruktionsfehlers“ des europäischen Institutionengefüges „Die Rahmenbedingungen unserer Lebenswelt werden heute in Brüssel produziert“.



„Brüssel ist kein erratischer Block, sondern ein komplexes Gebilde von Institutionen, die untereinander in Konkurrenz stehen.“ und entwirft zudem die Vision eines postnationalen Europas der Regionen. Die Wirtschaftskrise begreift er im Grunde als Resultat von schlecht ausbalancierten nationalen und transnationalen Kompetenzen der europäischen Institutionen. „Probleme können nicht mehr allein und noch nicht gemeinschaftlich gelöst werden“ Ein neuer, den Erfordernissen transnationaler und globaler Politik genügender Demokratiebegriff muss entwickelt werden, so fordert er, um europäische Politik vor den Gefahren des Populismus und dem Rückfall in nationalstaatliche Begrenzung zu bewahren, eine „Überwindung der Nationalstaaten“, ein „Zurückdrängen der Souveränität der

Nationalstaaten“. Die Zukunft Europas sieht er in „frei assoziierten Regionen“, einer „subsidiären Demokratie“ mit „gemeinsamer Verfassung“ und Bürgern mit einem „Europäischen Pass“. Nur so könne Europa im Kontext der Globalisierung glaubwürdig, handlungsfähig und geltungsstark bleiben.

Am 22. Januar teilte die Berliner Akademie der Künste mit, dass der diesjährige Heinrich-Mann-Preis an Robert Menasse geht. Diese Wahl trafen die Juroren Thomas Assheuer, Akademie-Mitglied Norbert Miller und Uwe Kolbe, der Preisträger des letzten Jahres. Der mit 8.000 € dotierte Preis für Essayistik wird am 27. März, dem Geburtstag Heinrich Manns, im Akademie-Gebäude am Pariser Platz verliehen.

Die Jury ehrt vor allem auch den Europäer Robert Menasse, der in seinem vor kurzem erschienenen Großessay „Der Europäische Landbote“ überzeugend den Vorwurf widerlegt, Intellektuelle hätten zu Europa nichts zu sagen: „Menasse wirbt für ein postnationales Europa, weil er glaubt, die Geschichte enthalte immer noch zu viel nationales Gift... Als skeptischer, vom Leben belehrter Schriftsteller weiß Menasse, dass keine historische Vernunft Europa hilfreich zur Seite steht und der Union eine aussichtsreiche Zukunft garantiert. Doch als Philosoph weigert er sich, dem Pessimismus und der Unvernunft das Feld zu überlassen. Es ist ein Vergnügen, Robert Menasse bei diesem inneren Widerstreit zuzuschauen.“

★ **Standpunkt: Zum Scheitern des EU-Sondergipfels**

Das Scheitern des Sondergipfels zum EU-Haushalt 2014 bis 2020 sollten Ratspräsident Herman Van Rompuy, die Mitgliedstaaten und das Europaparlament als Chance begreifen, den EU-Haushalt endlich grundlegend zu überarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Staatschefs und den Präsidenten des Europaparlamentes, Martin Schulz, der erstmals bei den MFR-Verhandlungen gleichberechtigt mit am Tisch sitzt!



Der Vorschlag von Van Rompuy vom 13. November hätte lediglich den Besitzstandswahrern der bisherigen Milliardenpfründe gedient, etwa in der Landwirtschaft. Er wollte auf Drängen der Nettozahler wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland ausgerechnet in den für eine zukunftsfähige Entwicklung wichtigen Bereichen wie Forschung und Umweltschutz massiv kürzen, während die Subventionen etwa für den Straßenbau und die Landwirtschaft, die zusammen über 80 Prozent des EU-Budgets ausmachen, weitgehend erhalten werden sollten. Der im Lauf des Sondergipfels am Abend des 23. November vorgelegte Vorschlag hätte diese Situation auch nicht verbessert; insofern hatte David Cameron mit seiner Kritik an „Fummelei“ Recht!

Nein, die Ausrichtung des EU-Budgets muss grundsätzlich überarbeitet werden. Auch in Europa müssen wir endlich in Köpfe investieren, nicht in noch mehr Beton und noch größere Schweineställe! Jungen arbeitslosen Griechen nutzt es wenig, wenn die Queen, Prinz Charles und RWE weiter Millionen Euro an Subventionen kassieren, nur weil sie die größten Agrarflächen besitzen. Fakt ist aber, dass bislang über 40 Prozent des EU-Haushaltes, jährlich 58 Milliarden Euro, zur Subventionierung der industriellen Landwirtschaft ausgegeben werden, wobei die 13 Prozent größten Bauern über 85 Prozent der Subventionen einstreichen, während die Bauern in Ländern mit kleinstrukturierter Landwirtschaft wie Rumänien praktisch leer ausgehen. Dies zeigt auch ein einfacher Vergleich: während in Rumänien die große Mehrzahl der Landwirte weniger als einen Hektar bewirtschaftet, produziert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, auf 800 Hektar unter anderem Weißkohl für einen der großen deutschen Konservenhersteller. Wo seine Interessen liegen, machte Rukwied laut einer DBV-Pressemeldung der Bundeskanzlerin in einem Schreiben vor dem Gipfel unverblümt deutlich: käme es zu den angekündigten Kürzungen im Agrarbudget, sei den Greening-Vorschlägen von Agrarkommissar Dacian Ciolos gänzlich die Grundlage entzogen. Hinzu kommt, dass

weniger als 30 Prozent der Gelder aus dem Agrarhaushalt in die Entwicklung ländlicher Räume und die Agrarumweltmaßnahmen fließen. Doch ausgerechnet hier, wo es um überlebenswerte Dörfer, Arbeitsplätze gegen die Abwanderung in die Städte und nicht zuletzt den Erhalt der Kulturlandschaft auch als Grundlage des Tourismus geht, wollte Van Rompuy weiter sparen!

Jungen arbeitslosen Spaniern nutzt es auch wenig, weiter in Bettenburgen zu investieren, die als Betonruinen an den Küsten die Touristen vergraulen. Die Immobilienblase war der Hauptgrund für Spaniens Probleme. Jungen arbeitslosen Portugiesen nutzt es wenig, europäische Steuergelder weiter in Autobahnen zu „versenken“, deren Verkehrsaufkommen in Deutschland gerade mal den Bau einer Kreisstraße rechtfertigen würde. Alleine die jüngsten Mahnungen des Europäischen Rechnungshofes hätten Grund genug sein sollen, endlich ernsthafte Umschichtungen zugunsten einer zukunftsfähigen Entwicklung vorzunehmen. Es sollte den Staatschefs zu denken geben, wenn von derzeit etwa 80 geförderten Regionen nur zwanzig eine positive Entwicklung aufzeigen, während drei Viertel offenbar dauerhaft am „Tropf“ der EU-Fördertöpfe hängen.

Apropos Rechnungshof: Ausgerechnet die LIFE-Verordnung, das derzeit einzige Finanzierungsinstrument der EU für Pilotprojekte im Klima-, Umwelt- und Naturschutz, dem der Rechnungshof eine hohe Effizienz bescheinigt hat, ist bislang nur mit Mitteln in Höhe von 0,22 Prozent des EU-Haushaltes ausgestattet. Nicht nur das Europäische Parlament, in Deutschland auch Bundestag und Bundesrat haben daher eine substanzielle Aufstockung des LIFE-Budgets gefordert; auch das hat Van Rompuy missachtet.

Völlig unrealistisch ist in meinen Augen auch die Haltung der Staatschefs, noch weitere Einsparungen im EU-Haushalt zu fordern und gleichzeitig bis zum Ende des Jahrzehnts noch weitere Mitgliedstaaten in die EU aufnehmen zu wollen, die voraussichtlich zu den



hilfsbedürftigen Nehmerländern zählen werden. Schon heute macht der Anteil der EU-Gelder aus den Kohäsions- und Strukturfonds in sechs Mitgliedstaaten wie Bulgarien und Rumänien mehr als 60 Prozent der öffentlichen Investitionen aus, etwa im Straßenbau. Bereits 2013 tritt Kroatien der EU bei, Verhandlungen über einen möglichen Beitritt laufen mit Island, Serbien, Mazedonien und Albanien.

Geradezu unverschämt waren die Forderungen von David Cameron. Dank des „Britten-Rabatts“ hat Großbritannien in den letzten 20 Jahren nur 41 Milliarden Euro eingezahlt, Deutschland dagegen 165 Milliarden, das Vierfache. Und die gescholtene EU-Kommission hat gerade einmal 30.000 Beamte. Nur etwa doppelt so viele wie die Stadt Köln, wobei die EU-Beamten aber für 500 Millionen EU-Bürger verantwortlich sind. Und auch Francois Hollande hätte statt mit starken Worten auch mit konkreten Sparvorschlägen helfen können, etwa durch Verzicht auf den monatlichen „Wanderzirkus“ des Parlamentes zwischen Straßburg und Brüssel. Dies hätte immerhin Einsparungen von 200 Millionen Euro jährlich bedeutet; der Beifall der Europaparlamentarier und der Steuerzahler wäre ihm sicher gewesen!

[Claus Mayr](#), NABU, Direktor Europapolitik, Brüssel und Mitglied der Europa-Union

Möchten Sie auch einen Standpunkt veröffentlichen? Schicken Sie uns Ihren Beitrag.

★ Arabischer Frühling

Am 8. Oktober 2012 veranstaltete die EUD zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union eine hervorragend besuchte Veranstaltung zum arabischen Frühling. Peter Frisch aus der Maghreb-Abteilung des Auswärtigen Europäischen Dienstes legte zuerst dar, wie Europa auf die Umbrüche in den südlichen Nachbarn reagiert hat. Neben einer Umwidmung von öffentlichen Finanzhilfen unter dem Motto "more for more" legten die Hohe Vertreterin und die Kommission auch eine Strategie vor, der zu folge die Re-

formländer durch Mobilitätspartnerschaften und bessere Zugangsbedingungen zu den europäischen Märkten geholfen werden solle.

Freilich zeige sich oft, dass schnelle Erfolge ausbleiben und auch die Koordinierung zwischen der europäischen Ebene und den Hilfsangeboten der Mitgliedsstaaten schwierig sei. Der Vertreter des Europarates, Botschafter Torbjørn Frøysnes betonte, welche große Rolle die Rechtsstaatshilfe spiele. Hier habe die EU den Europarat tatkräftig unterstützt, gemeineuropäische Normen für Demokratie und Justiz zu befördern. Trotz aller Schwierigkeiten vor Ort, zeichnete er ein überwiegend positives Bild des europäischen Engagements in den arabischen Reformstaaten.

Die Grenzen hierfür machte jedoch eindringlich Dr. Andreas Jacobs, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo klar. Das Büro wurde 2012 einem strafrechtlichen Verfahren unterzogen und noch heute kann der Leiter nicht in das Land zurückkehren. Seiner Ansicht nach würden viele Ägypter nach wie vor nicht in abstrakten Kategorien von Rechtsstaatlichkeit denken, sondern in konkreten Kategorien von Personenloyalität. Die Reformagenda der Muslimbrüder entspreche in einigen wichtigen Punkten nicht dem westlichen Verständnis, und eine religiös geprägte breite Bevölkerungsschicht wünsche sich eine auf islamischen Werten gegründete Regierung. Die weitere demokratische Entwicklung zumindest in Ägypten sei daher nicht klar.

Der Vorsitzende der EUD-Brüssel, Dr. Michael Köhler fügte seine scharfe Analyse eloquent hinzu. Nach Köhler zeige sich immer deutlicher, dass Europa den arabischen Frühling zwar rhetorisch stark unterstütze, aber kaum praktischen Einfluss auf den weiteren Reformgang ausübe. Die neuen Eliten hätten auch nicht vergessen, dass die europäischen Länder aus Stabilitätsabwägungen heraus mit den früheren Machthabern eng zusammengearbeitet hätten. Schließlich seien die Angebot in Sachen Mobilität und Marktzugang eher bescheiden. Daher müsse sich die europäi-

sche Nachbarschaftspolitik in jeder Hinsicht intensivieren, um relevant zu bleiben.

In der anschließenden Diskussion, an der auch Michael Gahler MdEP sowie Botschafter Johannes Kaindl teilnahmen, wurden die Rollen von Europa-Rat und EU noch stärker herausgearbeitet. Auch ging es um die Ursachen für eine angeblich autoritäre Tradition in der Region sowie den früheren Einfluss der Kolonialmächte. Das hochkarätig besetzte Panel kam dem Wunsch nach intensiver Debatte stets überzeugend nach, und nicht wenige Fragen wurden beim anschließenden Empfang der Landesvertretung weitergeführt. Ein äußerst gelungener Abend!

Frank Hoffmeister

★ **Sandwich-Lunch für Mitglieder**

Am 15. November fand das erste „Sandwich-Lunch für Mitglieder“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel statt.

Ziel dieser neuen Reihe der Europa-Union Brüssel ist es, in losen Abständen in ungezwungener Atmosphäre parteipolitisch neutral über europäische Themen zu diskutieren. Hierzu wird jeweils ein Referent eingeladen, der mit einem Impulsreferat das Thema der anschließenden Diskussion vorgibt. Für die erste Veranstaltung konnte die EUD Pietro de Matteis, Mitbegründer und Präsident der „Europäischen Föderalistischen Partei“ als Gastredner gewinnen. De Matteis erklärte zunächst Ursprünge und Programm der jungen politischen Gruppierung, welche sich europaweit für ein föderales Europa auf Grundlage von Demokratie und Subsidiarität einsetzt. Die Partei sei bereits in mehreren EU-Mitgliedsstaaten aktiv und verfüge sogar über Außenstellen in den USA und Asien. Ziel sei es, bei den nächsten Europawahlen, aber auch einigen nationalen Wahlen, etwa in Italien, anzutreten. Diese Ausführungen bildeten die Grundlage für eine lebhafte Auseinandersetzung etwa über die Frage, ob die Idee einer föderalistischen Partei erfolgsversprechend ist oder ob die europäische Idee eventuell besser bei den etablierten Parteien aufgehoben wäre. Zudem wurde erörtert, wie

sich insbesondere junge Leute angesichts der desolaten Beschäftigungslage in einigen Mitgliedsstaaten für die europäische Idee begeistern ließen. In den Augen des Referenten könne dies vor allem durch konkrete Aktionen, etwa zu ERASMUS oder Jugendarbeitslosigkeit und unter Einbeziehungen sozialer Netzwerke geschehen. Eine auf die Brüsseler Institutionen abstellende Kampagne habe indes derzeit nur wenig Aussicht auf Erfolg. Ausichtsreicher sei es, auf den sinkenden globalen Einfluss Europas hinzuweisen, welches in einigen Weltregionen nur noch als "Museum" wahrgenommen werde. Die Idee, dass nur ein vereinter Kontinent seine Werte und Interessen weltweit geltend machen kann, könne durchaus eine auch für die jüngere Generation attraktive Begründung für die europäische Integration liefern.

Insgesamt ein äußerst gelungener Auftakt - die Mitglieder der Europa-Union sind daher herzlich eingeladen, sich mit eigenen Ideen und Themen einzubringen, auf dass die zweite Veranstaltung nicht lange auf sich warten lässt!

Niels Schuster

★ **Alle Jahre wieder: Gemeinsamer Weihnachtsempfang der Brüsseler Föderalisten**

Am 6. Dezember hatten der Brüsseler Verband der Europa-Union, die Union der Euro-



päischen Föderalisten (UEF) und die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) zu einem

gemeinsamen Weihnachtsempfang in den eingeladen. Mehr als 100 Mitglieder sowie Freunde der drei Verbände sind der Einladung in den Brussels Press Club Europe gefolgt und ließen das Jahr 2012 bei Glühwein und Lebkuchen in gewohnt familiärer und informeller Atmosphäre Revue passieren.

Als Ehrengäste waren die Vizepräsidentin des



Europäischen Parlaments und Mitglied der Spinelli-Group, Isabelle Durant, der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Bundesvorsitzender der Europa-Union Deutschland, Rainer Wieland, und Michael Köhler, Kabinettschef von Energiekommissar Günther Oettinger und Vorsitzender des Brüsseler Verbandes der Europa-Union, eingeladen. In ihren Ansprachen forderten alle drei Redner ein mehr geeintes und demokratischeres Europa und sprachen sich für einen föderalen Ansatz im Europäischen Integrationsprozess aus. Auch in 2013 steht die EU wieder vor großen Herausforderungen! Einig waren sich die Redner auch in dem Punkt, dass nämlich alle Bürger gemeinsam am Haus Europa bauen müssen. Sie würdigten das diesbezügliche Engagement der vielen Europabegeisterten in den drei Verbänden.

Der diesjährige Weihnachtsempfang bildete zudem den Rahmen für die Feier des 40-jährigen Bestehens der JEF, an das Pauline Gessant, die Vorsitzende von JEF Europe, in ihrem Grußwort erinnerte.

Anna Echterhoff

★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik stellen wir jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

Dieses Mal wurden sie von Gerhard Stahl, Generalsekretär im Ausschuss der Regionen beantwortet:

Wann hatten Sie zum ersten Mal mit europäischen Themen zu tun?

Als Universitätsassistent am Finanzwissenschaftlichen Lehrstuhl der TU Berlin konnte ich 1977 am McDougale-Bericht zur Rolle der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Integration mitarbeiten.

Sind solche akademischen Erfahrungen für das Berufsleben hilfreich?

Ich war sehr froh, dass diese Forschungserfahrungen es mir erleichtert haben, in den verschiedenen Funktionen notwendige Entwicklungen der EU besser einschätzen zu können. Auch später habe ich versucht, den Kontakt zur Forschung zu halten, z.B. als Mitglied des Verwaltungsrates des ifo-Instituts in München oder des Freundeskreises des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel.

Sie waren Beamter des Bundesfinanzministeriums. Stimmt es, dass die beste Politik für den Nettozahler Deutschland darin besteht, nein zu weiteren europäischen Initiativen zu sagen?

Manche Kommentatoren hinterlassen zwar diesen Eindruck, aber in der Realität gilt das Gegenteil.

Deutschland gehört zu den großen Gewinnern der Europäischen Integration und der europäischen Politik. Unsere



Industrie hat inzwischen einen Heimatmarkt von 500 Millionen Konsumenten. Dies ist auch eine gute Basis für weltweite Exporterfolge.



Der Euro hat die deutschen Exporteure von den hohen DM-Wechselkursen und Wechselkursschwankungen entlastet. Ich erinnere mich noch, dass genau deshalb Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Europäischen Gipfel 1978 in Bremen den ersten Schritt der monetären Integration durch das Europäische Währungssystem vorangetrieben hat.

Sie waren stellvertretender Kabinettschef bei Kommissar Solbes, der für Wirtschaft und Währung zuständig war, als der Euro eingeführt wurde. Zeigen nicht die Griechenlandkrise und die Kredite für Portugal, Irland und bald auch für Zypern, dass die Europäische Währungsunion Deutschland immer stärker belastet?

Nein, im Gegenteil. Gegenwärtig profitiert Deutschland durch historisch niedrige Zinsen. Die Krise im Süden verursacht dort Kapitalflucht und Liquiditätsknappheit und erhöht den Kapitalzufluss nach Deutschland und stützt damit die deutsche Wirtschaftsentwicklung.

Eine derartige Entwicklung kann doch langfristig nicht gut gehen?

Dies ist richtig. Wenn die Rezession sich in den betroffenen EU-Ländern verfestigt, wird auch die deutsche Wirtschaftsentwicklung beschädigt.

Was soll dann getan werden?

Die EZB hat schon einen entscheidenden Schritt unternommen, indem Präsident Draghi erklärt hat, dass alles Notwendige unternommen wird, um die Liquidität überall sicherzustellen. Dies hat Vertrauen zurückgebracht. Außerdem wurde, wenn auch sehr spät, ein permanenter Rettungsschirm eingeführt, der es erlaubt, Mitgliedstaaten der Eurozone mit Krediten zu unterstützen. Und nicht zuletzt haben die von der Krise betroffenen Länder durch Reformen und Einsparungen bereits eine deutliche Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Dass dies nicht einfach ist und viel politische Standhaftigkeit erfordert, kann ich in den Diskussionen mit den Mitgliedern des Ausschusses der Regionen erleben, die als Regionalpräsidenten oder Bürgermeister schmerzhaft Entscheidungen

treffen müssen. Eine Botschaft höre ich allerdings immer häufiger, nämlich, dass bei der Austeritätspolitik das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Jetzt sind Wachstumsimpulse und Investitionen notwendig, um aus der Krise zu kommen.

Sie haben im Europäischen Parlament und in der Kommission gearbeitet, haben als nationaler Beamter das Ratssekretariat kennengelernt und sind jetzt im Ausschuss der Regionen. Welche der europäischen Institutionen würden Sie einem Berufsanfänger empfehlen?

Wer das europäische Auswahlverfahren bestanden hat, kann in allen EU-Institutionen arbeiten. Obwohl es sicherlich keinen allgemein gültigen Karriereratschlag gibt, kann ich als Vorbeugung gegen "Betriebsblindheit" im Rahmen einer europäischen Berufslaufbahn einen Wechsel zwischen den Institutionen nur empfehlen.

Für "Berufseuropäer" halte ich es für besonders interessant, auch mal die Seiten zu wechseln und auf nationaler oder regionaler Ebene zu arbeiten. Es gibt durchaus Austauschprogramme zwischen Verwaltungen, die dies ermöglichen. Ich selbst habe sehr viel gelernt, als ich im Rahmen eines solchen Austausches in Schleswig-Holstein arbeiten konnte.

Was zeichnet den Ausschuss der Regionen aus?

Unsere Mitglieder müssen die Europäische Union im Alltag erläutern. Sie müssen beantworten, ob bei der Lösung konkreter Probleme wie der Luftverschmutzung in Städten, der Abfallentsorgung, der Trinkwasserqualität und der Regionalentwicklung die Europäische Union einen positiven Beitrag leistet.

Die Bewährungsprobe der EU findet nicht in Brüssel statt, sondern vor Ort. Daher sind die Regional- und Kommunalpolitiker die ersten und vielleicht wichtigsten Vermittler europäischer Politik.

Welche Zukunft sehen Sie für die Regionen in Europa?

Die Europäische Integration erlaubt es, die Grenzen der europäischen Nationalstaaten zu überwinden. Die Nationalstaaten sind in einer verflochtenen Welt für einige Probleme zu klein und für andere zu groß.

Die Europäische Integration hat im Laufe der Jahre die Dezentralisierung gefördert. Für mich gehören daher die Europäische Union und die Regionen zusammen. Ein gemeinsamer europäischer Rechtsrahmen erleichtert es, in den Nationalstaaten die Kompetenzen der Regionen zu stärken, um dadurch bessere Problemlösungen und mehr Subsidiarität zu erreichen.

Was haben Sie am letzten Wochenende gemacht?

Ich habe zusammen mit meiner Frau von dem guten Kulturangebot Brüssels profitiert. Wir haben die Ausstellung von Constant Permeke, dem flämischen Expressionisten, im Palais des Beaux-Arts und die Sammlung über moderne belgische Maler im Musée d'Ixelles gesehen. Beide Ausstellungen sind künstlerisch sehr zu empfehlen. Sie helfen auch dabei, die Geschichte und Kultur unseres vielfältigen Gastlandes noch besser zu verstehen.

★ Info-Veranstaltungsreihe exklusiv für Praktikanten

Gibt es in Ihrer Organisation **generische E-Mailadressen**, die von Praktikanten verwendet werden, wie praktikant@organisation.eu? Schicken Sie sie uns an info@eud-bruessel.eu und wir nehmen auch Ihren Stagiaire in unseren Verteiler auf.

★ Termine

Am 21. März 2013 wird in der Landesvertretung Sachsen eine Veranstaltung zum Thema "Justice reform in Member States and EU Candidate countries: Which role for Europe?" stattfinden.

Am Abend des 11. Juli 2013 wird die diesjährige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

des Vorstandes- gefolgt vom EUD-Sommerfest in der neuen hessischen Landesvertretung stattfinden.

Am 5. Mai findet der diesjährige Tag der offenen Tür der europäischen Institutionen in Brüssel statt. Die Europa-Union wird sich erneut – wie in den vergangenen Jahren – am Stand der UEF am Programm beteiligen. In Straßburg findet der Tag der offenen Tür am 19. Mai statt.

Die jeweiligen Einladungen werden zeitnah versandt.

★ Mitteilungen

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli wurden auch die Beitragsrechnungen für das Jahr 2013 versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für das vergangene Jahr 2012 noch nicht entrichtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2013 werden im Laufe des Frühjahrs versandt werden.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
c/o UEF
Square de Meeûs 25
B - 1000 Brüssel
Tel: 02 8086259 · Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker
Redaktionsschluss: 25.01.2013

Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB